

Notizen zum Zeitgeschehen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Judaica : Beiträge zum Verstehen des Judentums**

Band (Jahr): **14 (1958)**

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

uns mit ihrem Grinsen fast um den Verstand bringen. Wohl dem, der nie gesehen, nie sehen mußte, was sich hinter Menschengesichtern verbergen kann.

Ein süßes, zartes Frauengesicht — verzerrt zu lustvollem Genießen an den Qualen Hilfloser, Ausgelieferter.

Das Gesicht einer ausgeglichenen Matrone — aufgerissen von tobender Gier nach noch mehr Schmerzzufügen.

Ein ruhiges, edles Gesicht — steinhart, grausam kalt wird es bei jedem Flehen gepeinigter, gehetzter Menschen.

Eine endlose Reihe solcher Verwandlungen ziehen an mir vorüber in schreckensvoller Deutlichkeit. Ich habe Angst vor Menschen — ich habe vor nichts solche Angst wie vor Menschen. Wie gut oder wie böse sie werden können, dafür gibt es kein Maß, keine Basis, keine Sicherheit. Die Lebensumstände und Erziehung sorgen gewöhnlich dafür, daß keines von beiden ins Maßlose wachsen kann; außer bei denjenigen, wo es überdurchschnittlich entwickelt ist, da bricht es die Schranken, Helden oder Verbrecher. Hier aber waren keine Verbrecher, die zu Helden wurden, keine Helden: Kleine Beamte, Handwerker, junge Mädchen, Frauen, die ganze Bosheit, die ihnen innewohnte, hätte sich unter anderen Umständen höchstens in Tratsch, Übervorteilen, Tyrannei im Familienkreise und dergleichen ausgelebt.

Ich habe Angst — ich habe Angst vor der Zukunft, denn daß dies alles geschehen konnte, daß es andere zuließen, zulassen mußten, eröffnet unheimliche Perspektiven.

(Fortsetzung folgt)

NOTIZEN ZUM ZEITGESCHEHEN

«Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um meinen Schlaf gebracht.» — Dieses Bekenntnis stammt von Heinrich Heine. Wir möchten annehmen, daß es in den letzten Wochen vielen guten Deutschen ebenso

gegangen ist, sofern sie nämlich ihre Zeitung lasen.

Der entlassene Schriftsetzer

Da fand sich zum Beispiel ein Bericht über einen wackeren Schriftsetzer, der Tag für Tag

vom Morgen bis zum Abend die Texte in seine Setzmaschine schrieb, die im Druck erscheinen sollten. Aber eines Tages stieß er in einem Manuskript auf den Satz: «... und es darf festgestellt werden, daß somit im Dritten Reich die Konzentrationslager zu Recht bestanden!» — Das war ihm entschieden zu viel, dagegen sträubte sich sein Gewissen. Und weil unser Setzer ein Mann mit Zivilcourage war, weigerte er sich, diesen Satz in seine Maschine zu schreiben. Er wurde deswegen fristlos entlassen! Natürlich hatte die Geschichte ein Nachspiel. Ob dieses zu Gunsten des wackeren Schriftsetzers verlief, entzieht sich unserer Kenntnis. Dagegen wissen wir, daß zur selben Zeit in Ulm ein Prozeß anlief gegen

das «Einsatzkommando Tilsit»

will sagen gegen 10 Männer, die zur Nazizeit unter diesem Namen eine motorisierte Kolonne mit Spezialauftrag bildeten. Die Anklage gegen diese Leute lautete auf Mord in Mittäterschaft in 5816 Fällen und auf Beihilfe zum Mord in mehreren hundert Fällen. Es ist kaum nötig zu sagen, daß ihre Opfer natürlich

Juden waren. Im Verlaufe dieses Prozesses setzte einer der Angeklagten dem Gerichtshof auseinander, daß nach seiner Auffassung die Erschießungen «mit Fug und Recht» erfolgt seien. Das Gericht ließ sich freilich nicht überzeugen.

Nach Zind — Fernau

Kaum war das Urteil gegen den Offenbacher Lehrer Zind gesprochen, verurteilte in Hannover ein Gericht den 54jährigen Lehrer Fernau wegen antisemitischer Beleidigungen zu 4 Monaten Gefängnis bedingt. Das Gericht fand den Mann der öffentlichen Billigung von Verbrechen, der Beleidigung und der Verunglimpfung des Andenkens von Verstorbenen schuldig. Was war geschehen? Im Februar dieses Jahres hatte Fernau in einer Frisierstube seines Heimatortes Mandelsloh gesagt, es sei «schade, daß die Juden in den Konzentrationslagern in der Nazizeit nicht alle vergast wurden». Auf den Einwand des Friseurs, daß die Juden doch auch Menschen seien, antwortete Fernau: «das sind sie eben nicht.» Das Gericht billigte dem Angeklagten Strafaufschub unter Auferle-

gung einer Bewährungsfrist von drei Jahren zu mit der Begründung, daß «der Demokratie ein schlechter Dienst erwiesen würde, wenn man die Äußerungen kleiner Geister wie Fernaus allzu wichtig nähme». Es wies ferner darauf hin, daß das Urteil für den delinquenten Lehrer noch andere Folgen haben werde. Damit war der Verlust seiner Stelle gemeint.

Der jüdische Mitfahrer

Von der Frankfurter Mitfahrerzentrale wurde einem Münchner Geschäftsmann ein Fahrgast für die Mitfahrt nach München vermittelt. Unterwegs, auf der Autobahn, fing der Kraftwagenbesitzer an zu schimpfen auf die Juden im allgemeinen, auf den Staat Israel und den Ministerpräsidenten Ben Gurion im besonderen. Als er daraufhin erfuhr, daß sein Mitfahrer auch ein Jude war, trat er sofort auf die Bremse, warf seinen Fahrgast samt seinem Gepäck aus dem Wagen, würgte und verletzte ihn durch Faustschläge erheblich. Der Mißhandelte mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, daß er auch zur Polizei ging, wird ihm niemand übel nehmen.

Waschkörbe voll antisemitischer Drohbriefe

An einer Tagung der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen berichtete der Redaktor Dr. Frhr. v. Imhoff, daß in den mit den Wiedergutmachungsfragen befaßten Bundesministerien in den letzten Monaten Waschkörbe voll antisemitischer Drohbriefe eingegangen seien. Ähnliche Erfahrungen hätten Rundfunkstationen und Zeitungsredaktionen gemacht.

Der Fall Eisele

Bis vor kurzem noch war Dr. Hans Eisele Arzt in München, wo er eine florierende Praxis gehabt haben soll. Daß trotzdem mit ihm nicht alles ganz stimmte, begann man im Verlauf des Bayreuther Prozesses gegen den ehemaligen Lageraufseher von Buchenwald, Sommer, zu ahnen. Hier wurde Dr. Eisele mehrfach genannt als ein Mann, der an den Häftlingen Verbrechen von nicht zu überbietender Grausamkeit begangen habe. Die Münchner Kriminalpolizei stellte daraufhin fest, daß Dr. Eisele für seine Mordtaten, verübt in Dachau,

von einem amerikanischen Militärgericht am 13. Dez. 1945 zum Tode durch den Strang verurteilt worden war. Am 14. Aug. 1947 wurde Eisele von einem amerikanischen Kriegsgericht für seine Verbrechen im Lager Buchenwald zum zweiten Male zum Tode verurteilt, später aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt und in die Strafanstalt für Kriegsverbrecher nach Landsberg überführt. 1952 wurde er in Anbetracht seiner guten Führung und dank gewisser Beziehungen zu hohen amerikanischen Politikern aus der Haft entlassen, ohne daß den deutschen Amtsstellen von dieser Entlassung Mitteilung gemacht worden wäre. Daraus wußte Eisele seinen Nutzen zu ziehen. Er kehrte nicht nach Freiburg i. Br., an seinen früheren Heimatort zurück, sondern meldete sich bei den Amtsstellen München. Hier wurde der zweimal zum Tode verurteilte Verbrecher als «Spätheimkehrer» anerkannt. Natürlich erzählte Eisele zu diesem Zweck nicht seine wahre Geschichte. Er machte sich eine andere zurecht, die sich besser eignete. So fand er denn auch freundliche Aufnahme durch die Ärztekammer als «heimkehrender

Arzt» (der Ausdruck hat etwas Rührendes). Selbstverständlich bekam er als solcher durch die Behörden auch die finanzielle Hilfe, damit er sich als Arzt wieder einrichten konnte: insgesamt DM 28 000.—. Eisele hatte sich zum biedereren Herrn Doktor durchgemausert und da er auch anerkannt war als Kassenarzt, fehlte ihm auch die Kundschaft nicht. Und dann kam der Prozeß gegen Sommer. Dr. Eiseles Name wurde genannt. Aber auch diese «Ehre» schien ihm zum Vorteil auszuschlagen. Vorerst soll sich die Frequenz seiner Praxis verdreifacht haben! Und dann wurde es doch etwas heiß unter Eiseles Füßen. Am 28. Juni 1958 wurde der Haftbefehl gegen ihn erlassen. Doch das Unglück ist nicht so groß, wenn man am rechten Ort seine Freunde hat. Am Tag zuvor war Eisele spurlos verschwunden. Die Interpol nahm sich des Falles an, und bald war es klar, daß Eisele dorthin gegangen war, wo der Arm der Interpol nicht hinreicht: nach Ägypten! Hier beklagte er sich über die in Deutschland herrschende Rechtsunsicherheit und im übrigen beehrte er die Anerkennung als politischer Flüchtling! Zeitungen berichteten, Ei-

sele sei in Kairo ins Gefängnis für Ausländer gewandert. Bonn verlangte auf diplomatischem Wege seine Auslieferung. Aber einen so guten Antisemiten wollten die Behörden in Kairo nicht verkommen lassen. Letzter Bericht aus Nassers Zentrale: Dr. Eisele befindet sich nicht im Gefängnis für Ausländer. Sein Aufenthalt ist unbekannt!

Und noch ein Arzt ...

In Offenburg ist der sudeten-deutsche Arzt Dr. Erich Wagner verhaftet worden. Er steht unter dem Verdacht, in den Jahren 1939 und 1940 im Konzentrationslager Buchenwald Verbrechen an Häftlingen begangen zu haben. Wie im Falle Eisele sind die Behörden durch den Prozeß gegen Sommer auf ihn aufmerksam geworden.

Ein Anne-Frank-Stipendium

In Deutschland ist eine Anne-Frank-Stipendium-Stiftung gegründet worden mit dem Zweck, jungen Menschen aus Israel eine Ausbildung oder einen Studienaufenthalt in Europa zu ermöglichen.

Auf neuem Pfad

nennt sich das Blatt der christlichen Pfadfinderschaft Deutsch-

lands. Soeben erschien eine bemerkenswerte Nummer zum Thema Rassenkampf, in welcher auch die Judenfrage in Deutschland behandelt wird. Die Herausgabe dieses Heftes wird begründet mit einer als symptomatisch empfundenen Zeitungsmeldung vom 6. Mai 1958 aus Wuppertal. Diese lautet: «Die Wuppertaler Kriminalpolizei fahndet nach dem Urheber einer antisemitischen Hetze, die Dienstag in Wuppertal entdeckt worden war. Auf einer Anschlagssäule war ein Theaterplakat, auf dem die Aufführungen des Stückes ‚Das Tagebuch der Anne Frank‘ angezeigt wurden, mit antisemitischen Hetzparolen beschrieben worden. Aufschriften wie ‚Tod den Judenschweinen‘, ‚Es sind zu wenig Juden in den Rauch gehangen worden‘, ‚Auch ein Judenschwein‘, und ‚Nieder mit den Schmarotzern am deutschen Volk‘ standen auf dem Plakat. Das Plakat wurde von der Polizei vorsichtig abgelöst. Es soll auf Fingerabdrücke untersucht werden.»

Aus einer Festrede

Helmut Gollwitzer äußerte sich in einer Rede zum zehnten Jahrestag des Staates Israel über den deutsch-israelischen

Reparationsvertrag mit folgenden Worten: «Wer in Israel überall Maschinen, Eisenbahnwagen und sonstiges Material aus den deutschen Wiedergutmachungslieferungen zu sehen bekommt, der weiß als Deutscher der Bundesregierung und dem Bundeskanzler Dank dafür, daß gegen Widerstand von den verschiedensten Seiten der Reparationsvertrag durchgesetzt wurde. Selten ist Geld aus unseren Steuern (die Gesamtsumme, auf 14 Jahre verteilt, ist etwa ein Drittel unseres jetzigen jährlichen Rüstungsetats) so nutzbringend verwendet worden, und dort drüben wird jede Lieferung aufs beste für den friedlichen Aufbau des Landes umgesetzt. Was geschehen ist, kann nur vergeben, aber nie wiedergutmacht werden, erst recht nicht mit Geld und Material; aber Geld und Material können Brücken sein für ein neues Miteinanderleben, und in dieser Hinsicht, für eine neue Beziehung zwischen Deutschen und Juden, hat der Entschluß der Bundesregierung etwas schlechthin Unerläßliches geleistet.»

Regierungskrise in Israel

Von den 15 Regierungskrisen, die der Staat Israel im ersten

Jahrzehnt seiner Existenz durchgemacht hat, sind 9 durch die religiösen Parteien verursacht worden. Das ist darum bemerkenswert, weil diese im israelischen Parlament nur eine kleine Minderheit ausmachen. Ihre Macht verdanken sie dem Umstand, daß sie in den meisten Regierungen Ben Gurions so etwas wie das «Zünglein an der Waage» gewesen sind; d. h. Ben Gurion brauchte die Stimmen dieser Gruppen, um im Parlament seiner Regierung eine «komfortable» Mehrheit zu sichern. Nun mußte Ben Gurion am 1. Juli dieses Jahres der Knesseth wieder einmal bekannt geben, daß die Minister der nationalreligiösen Partei die Koalition verlassen hätten. Stein des Anstoßes bildete diesmal die Frage, wer als Jude zu gelten habe. Nach der Auffassung der Regierung sollte jeder als Jude eingetragen werden, der «in guten Treuen» erklärte, daß er Jude sei. Ebenso sollten Eltern für ihre Kinder diese Erklärung abgeben können. Das religiöse Gesetz bestimmt dagegen, daß nur der ein Jude sei, der «von einer jüdischen Mutter» abstammt. Da viele Juden mit nichtjüdischen Frauen eingewandert sind, können deren

Kinder nicht ohne weiteres als Juden anerkannt werden, jedenfalls nach den Auffassungen der Gesetzestreuern nicht. In der Parlamentsdebatte forderte der stellvertretende Religionsminister, daß in Israel «Nationalität und Religion *eines* seien», was im konkreten Fall bedeutete, daß nur die religiöse Autorität befugt sein sollte, zu bestimmen, wer als Jude zu gelten habe und wer nicht. Demgegenüber stellte Ben Gurion fest — er hat dabei die große Mehrheit der Israeli auf seiner Seite —: «Die Regierung betrachtet sich nicht als befugt, zu bestimmen, wer ein religiöser Jude sei. Die Frage die sie zu entscheiden hatte, war: Wer ist ein Jude seiner Nationalität (Volkszugehörigkeit) nach? Ich weiß, daß es eine Ansicht gibt — und ich will dies hier nicht diskutieren —, so etwas wie einen Juden ohne Religion gebe es nicht, aber zu unserem Bedauern gibt es viele Juden, sowohl in Israel als auch in der Diaspora, die nicht religiös sind.» [Es gab auch zu allen Zeiten und gibt auch heute Juden, die sich zu Jesus Christus bekennen, an ihn glauben und nicht an das Gesetz! — Red.] «In der Unabhängigkeitserklärung und in den Grund-

sätzen aller Regierungen haben wir die Gewissens- und Religionsfreiheit versprochen. Ich nehme an, daß Sie nicht der Ansicht sind, diese Freiheit solle nur einer Seite allein gewährt werden.» — Der Sprecher der Religiösen vertrat seinen Standpunkt mit folgenden Argumenten: «Ich gebe zu, daß nicht die Absicht bestand, einen theokratischen Staat zu gründen, aber es bestand darüber Einverständnis, daß Israel ein Staat sein soll, der die Fortsetzung des historischen jüdischen Volkes sicherstellen soll, das, verbunden mit der Tradition der Vorfahren, einen einzigartigen Charakter besitzt. In der Mandatszeit wurde unter Jude nach den Gesetzen immer verstanden, daß es sich um solche Leute handelt, die mit jüdischen Institutionen verbunden sind, über deren religiösen Charakter nie ein Zweifel bestand. Viele dieser Gesetze wurden von Israel übernommen und in vielen neuen Gesetzen wurden immer jüdische Religion und jüdische Nationalität als identisch erklärt. Viele religiöse Feiertage wurden in diesem Sinne als nationale Feiertage übernommen. In den bisherigen Gesetzen sei die Frage der Registrierung auf Grund der

Halacha geregelt gewesen. Dadurch, daß die Regierung eine andere Definition des Begriffes «Jude» vornimmt, greift sie de facto in das Gebiet der Halacha ein und schafft damit ein Problem, das die Einheit des jüdischen Volkes bedroht. — Das Kabinett bestätigte die Haltung Ben Gurions vollumfänglich. Obwohl die Bedrohung Israels von außen durch die Umwälzungen im Irak beträchtlich zugenommen hat, sind die Vertreter der Religiösen nicht mehr in die Regierung zurückgekehrt.

Die Frau im Staate Israel

Einer Statistik ist zu entnehmen, daß im Winter-Semester 1957/58 unter 2800 Studierenden an der hebräischen Universität 30% und am Technion in Haifa 18% Frauen gewesen sind. Israel ist das einzige Land im Mittleren Osten, in welchem die Frauen die gleichen Rechte wie die Männer genießen. Der Außenminister Israels ist eine Frau, in der Knesseth sitzen seit ihrer Gründung Frauen; sie amten als Richterinnen, als Diplomatinen. Wie in andern Ländern stellen die Frauen die Mehrheit in der Sozialarbeit, im Lehr- und Pflegeberuf; es gibt aber

auch viele Ärztinnen, Anwältinnen und Architektinnen. Sie arbeiten in Fabriken, sind in der Armee und in Siedlungen, in Forschungsstationen. Selbstverständlich sind sie auch Hausfrauen und Mütter. Im Jahr 1951 wurde den Frauen die Gleichberechtigung gesetzlich verbrieft. Ein Arbeitsgesetz zum Schutz der Frauen und Mütter verbietet deren Verwendung in Nachtschichten. Frauen erhalten 12 Wochen bezahlten Urlaub während der Schwangerschaft und nach der Geburt, und es darf ihnen aus diesem Grunde nicht gekündigt werden. Stillende Mütter haben das Recht, sich während der Arbeitszeit für eine Stunde ohne Lohnabzug ihren Kindern zu widmen. Es besteht innerhalb der Sozialversicherung eine ausgedehnte Mutterschaftsversicherung. Jede werdende Mutter erhält 80 I. L., wenn sie sich verpflichtet, für die Geburt eine Klinik aufzusuchen. Arbeitende Mütter haben dazu noch Anspruch auf 75% ihres Gehaltes während 12 Wochen nach der Niederkunft. Jedes Mädchen im Alter von 18 bis 26 Jahren hat zwei Jahre Militärdienst zu absolvieren — verheiratete Frauen, Mütter und Schwangere sind

vom Dienst befreit. Ein Gesetz aus dem Jahr 1951 setzte das Mindestalter zur Heirat auf 17 Jahre hinauf, und ein Jahr später wurde die Bigamie verboten. Kindergärten und Tageskrippen ermöglichen den Müttern, zum Unterhalt der Familie beizutragen. Sie haben Anspruch auf gleiche Bezahlung wie ihre männlichen Kollegen.

Vom jüdischen Weltkongreß

Am 23. Juli kam die Exekutive des Jüdischen Weltkongresses in Genf zu einer Session zusammen, die 5 Tage dauerte. Angemeldet waren Mitglieder der Exekutive aus 28 Staaten Europas, Amerikas, Asiens, Südamerikas und Australiens. Erstmals seit 1948 nahmen auch Vertreter aus osteuropäischen Ländern teil. In einer Presse-

konferenz führte der Präsident Nahum Goldmann aus, die diesjährige Session werde sich vor allem mit den Problemen der osteuropäischen und der sowjetrussischen Juden befassen. Ferner stehe das Studium der Lage der Juden in Marokko und Tunis auf der Tagesordnung. Zur Situation in Deutschland übergehend, warnte Dr. Goldmann davor, die antisemitischen Erscheinungen zu übertreiben. Dr. N. Robinson sprach über die Entschädigungen an die Opfer des Nazismus. Er legte dar, daß die Meinung, das Entschädigungsprogramm sei eine Gefahr für die westdeutsche Währung, unbegründet sei und drückte seine Beunruhigung über die Langsamkeit aus, mit der die Entschädigungen vor sich gingen. *Spectator*

REZENSIONEN

BRUCE M. METZGER: *An Introduction to the Apocrypha, based on the Revised Standard Version*. Oxford University Press, 114 Fifth Avenue, New York 11, N. Y., 274 S.

Die apokryphe Literatur stellt ein wichtiges Bindeglied zwischen dem Alten und dem Neuen Testamente dar. Aus diesem Grunde ist die wissenschaftliche Bearbeitung derselben von Bedeutung und geboten. Man kann aus diesem Schrifttum manches erfahren über die sozialen, politischen und religiösen Wandlungen in der Zeit zwischen den beiden Testamenten und manches ist hier zu holen, was zum besseren Verständnis der neutestament-